

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Riefaer Tagblatt, Meise, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Meise, des Finanzamts Meise und des Hauptamts Meisen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 133, Postfach Nr. 32.

Nr. 236.

Dienstag, 9. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 40 Marktonnen net. Einmal. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Beile (6 Seiten) 120 Mt.; die 89 mm breite Reststift-Beile 400 Mt.; zehnstufiger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenstufenzahl. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgang eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meise. Wochentagliche Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Riefaer & Winterlich, Meise. Geschäftsstelle: Goethestraße 32. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hoffmann, Meise; für Druckerei: Wilhelm Dittmer, Meise. Zahlvermerk: 100000.

Die Besprechung der Reichsanwalter-Rede im Reichstag.

abg. Berlin, 8. Oktober 1923.

Am Freitagmorgen: Reichsanwalt Dr. Stresemann, Innenminister Solfmann, Weimarer Dr. Gehler. Präsident Gothe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Nach einer baldständigen Geschäftsordnungsansprache wird auf kommunikativen Antrag beschlossen, das Ermächtigungsgesetz vorläufig noch von der Tagesordnung abzusetzen, da es dem Hause noch nicht vorliegt, weil es eben erst den Reichsrat beschäftigt hat. Ein weiterer kommunikativer Antrag, der sich gegen das Verbot der kommunikativen Presse in Bayern richtet, wird mit der politischen Aussprache verbunden. Die verschiedenen Steueranträge der Parteien, u. a. zu Gunsten des gemäßigten Mittelstandes, sollen auf Antrag Bierer (Dnat.) später gemeinsam behandelt werden.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Das Haus tritt darauf in die Besprechung der Rede des Reichsanwaltes ein. Abg. Dr. Dreyfus (Soz.) weist darauf hin, daß die Krise der letzten Woche völlig überraschend gekommen sei. Wir haben uns in Deutschland, so fährt er aus, ausschließlich an Ministerkrisen gewöhnt. Wöchentlich und Ueberwachungen hat es auch bei früheren Gelegenheiten gegeben, aber noch niemals ist das Parlament in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krise überfallen worden wie in der vergangenen Woche. Dieser Vorstoß muß noch geklärt werden, und seine Ursachen müssen noch festgestellt werden. Entscheidend ist die Regierungskrise beigelegt. Das Kabinett tritt in seiner alten parteipolitischen Zusammenfassung wieder vor den Reichstag, aber wir stehen diesem Kabinett mit ganz anderem Empfinden gegenüber als vor einer Woche. Solche Tage, wie die der letzten Woche, müssen tiefe Spuren hinterlassen. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett kann nicht die schwere Verantwortung, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Es hat eine Politik der Verschleierung und der Illusionen getrieben. Die Nachfolger Cuno's will man nun kritisieren, weil sie ein unmoralisches Unternehmen haben liquidieren müssen. Der passive Widerstand war berechtigt und notwendig als Protest gegen die völkerrechtswidrige Verletzung des Ruhrgebietes. Die Regierung Cuno hat auf den lieben Gott und England gehofft und die Hände in den Schoß gelegt. Die Verantwortlichkeit der Gegenwart, das mit der Höhe des Widerstandes der ängstliche Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen war, ist durch den Druck gewisser Kreise verhindert worden. Dazu kam eine gewisse Demoralisation im Ruhrgebiet. Die aus der Staatskasse übermiesigen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Dreyfus: Namen und Beweise!) Der Redner wendet dem „Volk-Anzeiger“ abgrundtiefe Schuld an, wenn er die Fortsetzung des Widerstandes mit allen Mitteln fordert. Dieselben Kreise hätten vorher zur Sabotage der neuen Steuern aufgerufen. Die Deutschnationalen seien immer nur bereit gewesen, die Opfer der anderen zu bringen. Von der Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Krieges gegen Frankreich müßten sie selbst überzeugt sein. (Unruhe rechts.) Der Redner fordert von der Regierung Aufklärung, ob England zu irgend einem Zeitpunkt der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstandes empfohlen habe. Die von Frankreich unterstützten Separatistenbewegungen an dem unerschütterlichen Willen der rheinischen Bevölkerung, beim Reich zu bleiben, nichts ändern. Das Rheinland ist deutsch und muß deutsch bleiben. (Rebatter Beifall.) Die Regierung darf nichts unterlassen, um mit Frankreich zu einer direkten Verhandlung zu kommen. Der Redner kommt dann auf die innerpolitischen Verhältnisse zu sprechen und erklärt, daß der Ernst der Stunde gekennzeichnet werde durch die Worte Bayern und Kärnten. Der Kärntner Aufstand sei eine Epilode einer großangelegten Bewegung, die glücklicherweise nicht zum Ausbruch gekommen sei. Die Reichswehr habe sich bewährt. Sie müsse ein Instrument der Republik sein. Der Redner wendet sich dann gegen die vom Reichswehrminister aus Anlaß des Kärntner Aufstandes verhängte Prozeßurteil und bezeichnet diese Kriegsverurteilung als unannehmbar mit den Interessen der Öffentlichkeit. Aus schärfer müsse in diesem Zusammenhang das Verbot der „Berliner Volkszeitung“ verurteilt werden, die über Kärnten Mittelungen gebracht habe, die in der ganzen Auslandspresse zu lesen sind. Die Regierung muß der Gefahr von rechts mit aller Energie entgegenzutreten.

Abg. Dr. Well (Ztr.) spricht von bitteren Erfahrungen, die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krise den Befähigungsnachweis wirklich nicht erbracht. (Zustimmung.) In entscheidungsvollen Augenblicken sei er nicht auf der Höhe gewesen. Die Koalition richtet sich in dieser ersten Stunde an alle Schichten des Volkes mit der Bitte um ehrliche Mitarbeit. Parteigegensätze dürfen jetzt nicht betont werden. Der Redner bedauert die Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt haben, hält diesen aber für notwendig. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reiches müssen geschützt werden. Vom Ausblühen unserer Wirtschaft haben alle Volksschichten Interesse. Aber es notwendig, daß in den Kreisen der Großenindustrie der Gedanke des Gemeinwohls mehr in Erscheinung tritt. Es muß besonders in die ungeliebte Weiterbildung jener Urprodukte eingegriffen werden, die die Preise in der gesamten Wirtschaft beeinflussen.

Die Ueberspannung der Preise hat auch politisch schon schädlich gewirkt. Wenn die Befähigten heute größere Steuerlasten aufbringen, dann dienen sie damit auch sich selbst, da ein Aufwuchs des Reiches auch ihren Besitz vermindert würde. Das Rheinland erachtet, daß seine Gelegenheit verstimmt wird, zur Vertiefung mit den Gegnern zu kommen. Wir wollen und werden das Rheinland nie im Stich lassen. Die Reichswehr wird allen Gewalttaten zum Trotz sich erhalten, wenn sie sich nicht selbst preis gibt.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort bezeichnen als der Vorredner: Raub der Guts wieder, schwankende Gestalten! (Heiterkeit.) Draußen vor den Toren steht der Feind und hier wird tagelang über die Zusammenstellung der Regierung verhandelt. Hohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände hervorgerufen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Parlamentarismus hat versagt. Lange wird die große Koalition nicht halten, solche Stöße wie die letzten bleiben nicht ohne Wirkung. Sie wird weiter an der Frage, wie lange man Frankreichs Vorhänge noch nachgeben soll. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie reagiert werden. Wir verlangen und fordern die Auflösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Los vom Marxismus! (Unruhe bei den Soz.) Wir stehen mit rückfälliger Opposition zur Regierung. Die Ausführung diktatorischer Befugnisse einer Regierung darf nur in den Händen des Militärbefehlshabers liegen. Einer Regierung der großen Koalition können wir solche Befugnisse aber nicht zubilligen. Der Redner wendet sich gegen eine Gewaltvolligkeit gegenüber Bayern und spricht Herrn von Raue volles Vertrauen aus. (Lachen bei den Soz.) Dr. Hillerding habe vollkommen versagt. Jetzt bestehe die große Gefahr, daß infolge dieses Mangels das Volk verunglücke. (Große Unruhe und härmliche Burleske bei den Soz.) Die Gefahr besteht tatsächlich, wenn nicht unverzüglich das Rahlungsmitglied geklärt wird, mit dem die Ernennung der Präsidentschaft zugeworfen werden kann. Bedauerlich ist die Herausnahme der dringenden notwendigen Aufhebung des Wahlstimmengesetzes aus dem Ermächtigungsgesetz. Das unerhörteste Verbrechen des Parlamentarismus liegt in dem Artikel des Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz bei einer Veränderung der parteipolitischen Zusammenfassung der Regierung außer Kraft treten soll. Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen. Der passive Widerstand müßte zum aktiven werden. Die Sabotageakte waren die berechtigten Notwehr eines vergewaltigten Volkes und nationale Pflicht. (Zuruf bei den Soz.: Sie treiben Nationalität!) — (Unruhe.) Die Sozialdemokraten haben die Einheitsfront an der Ruhr zertrümmert. (Zuruf bei den Soz.) Mit dem unermesslichen Abbruch des passiven Widerstandes müßten auch alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen und der vertragliche Zustand hergestellt werden. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien mit allen Konsequenzen. (Wärmende Zurufe bei den Soz.) Wer darauf verzichtet, der feindseligen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verachtet auf Ideen und Mord. Wir können es ab, die feindselige Gewalt durch eine feige Unterjochung zu besiegeln. (Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen, Bayern und Kärnten links.)

Reichsanwalt Dr. Stresemann

bedauert, daß in der heutigen Zeit des außenpolitischen Drucks eine Rede mit so parteipolitischem Einschlag gehalten wurde. Wenn Graf Westarp von Scham und Empörung spricht, so lag es doch gerade bei den Deutschnationalen, die Krise zu vermeiden. Statt dessen haben sie noch in das Feuer hineingeworfen. (Unruhe rechts, Beifall bei der Reichswehr.) Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der großen Koalition ausspricht. Ein nationaler Mann müßte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. (Es nach rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Zielen, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kabinett Cuno die Steuern bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Sie müßten sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskoalition.

Man sagt, dieses Parlament stand unter einer Vorherrschaft der Sozialdemokratie oder marxistischen Ideen. Ich habe die Staatsaufgaben des Privatigentums zur Durchführung der Staatsaufgaben allerdings nur notwendig gehalten, aber die Aufhebung des Privatigentums will weder das Kabinett, noch wollen sie die Parteien. Man spricht von konstitutiven Maßnahmen gegen das Eigentum. Kann ich aber der Zweck unserer Maßnahmen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Infolgedessen werden auch Eingriffe in das Eigentum nur aus politischen Zwecken zugelassen, aber es besteht keine Gefahr, daß diese Eingriffe der Privatwirtschaft gefährlich werden könnten.

Nach meiner Meinung beginnt der Gegenstand zwischen Politik und Staatsfunk da, wo man auch einmal das Oben der Unpopulartät auf sich nimmt, um des großen Ganzen willen. (Beifall.) Die ganze Koalitionspolitik hinauszuweisen als eine Kompromisspolitik und deshalb als eine Politik der Schwäche, ist falsch. Tatsächlich ist die Koalitionspolitik die einzige Realpolitik, die in Deutschland betrieben werden kann, solange Sie auf verfassungsmäßigem Boden regieren wollen. Ich glaube, Sie (nach rechts) würden gern mitkommen, wenn Sie eingeladen würden. (Heitere Zustimmung im Saal, Händeklatschen auf der Tribüne.) Selbstverständlich

müßte, wenn die Dinge sich parlamentarisch nicht mehr mehrern ließen, mit der Auflösung des Reichstages gerechnet werden; aber ich glaube, daß bei allen Beschlüssen, die wir genehmigen haben, nicht auch noch dieser Kampf getragen werden könnte. Wir haben auch nach dem Kriege den Kampf geführt um deutsches Land, nicht mit Waffen, aber mit der Einigkeit des deutschen Volkswillens; wir haben ihn geführt durch die Abstimmung in Oberösterreich und in der Lombar. Sollte das nicht praktisch mehr wirken als die Gesichtspunkte der Differenzen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet? Ich bin nicht der Meinung, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes der Kampf um das Rheinland aufhört. Dieser Kampf ist auf der Höhe. Er wird mit äußerster Schärfe geführt. Es handelt sich darum, ob der Rhein deutsch bleibt oder nicht. Mit Worten werden wir Frankreich heute nicht aus dem Rheinland hinausbringen. Es bleibt nichts übrig, als der nationale Idealismus eines geeinigten deutschen Volkes (Lebhafte Beifall), und da hat auch die Sozialdemokratie des Rheinlandes immer ihren Platz gefunden.

Aus diesem Gesichtspunkt der Volksgemeinschaft glaube ich, daß man, wie überhaupt, an der Sozialdemokratie als an einer großen Bedenkenheit des deutschen Volkes, nicht vorbeigehen kann. Ich bedaure, daß Graf Westarp Worte ausgesprochen hat in Bezug auf das Recht der Zurückhaltung des deutschen Papiergeldes, die geradezu katastrophal wirken können. Wir müssen vom deutschen Volk verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir morgen das Chaos. Wenn Worte einen Sinn haben, so hat Graf Westarp erklärt, daß man niemandem zuzuhören hat, daß mit Papiergeld bezahlen zu lassen.

Es ist von einer bedauerlichen Verzögerung der Währungsreform durch marxistische Einflüsse gesprochen worden. Die Männer der Industrie und Wirtschaft haben sich erst in der zweiten Hälfte der Entwicklung bereit erklärt, mit einer vorübergehenden Zwischenlösung der Währungsfrage einverstanden zu sein. Diese Männer der Wirtschaft sind keine Träger der marxistischen Auffassung. Es ist eine unrichtige Behauptung, daß wir direkte Verhandlungen mit Frankreich allein herbeiführen wollten ohne England. Ich wiederhole, daß ich mir die völlige Lösung der Reparationsfrage nicht auf dem Wege einer einseitigen Verhandlungsvoraussetzung vermag. Der englische Minister Curzon wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Idee, Deutschland eine Zahlungspflicht von 130 Goldmilliarden aufzuerlegen. Ferner hat er sich mit der Resolution gegen die Forderungspolitik beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß er eine verlängerte militärische Okkupation nicht für richtig halte und erklärt, daß England in der Frage des Einbruchs gegen das Okkupationsrecht Frankreichs neutral bleibe. Er hat aber nicht einmal zum Ausdruck gebracht, daß die britische Regierung niemals der Meinung war, daß die Okkupation gerechtfertigt sei durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Ferner hat er ausgedrückt, daß Deutschland drei Verpflichtungen auferlegt werden müßten: erstens die Schulden zu zahlen, die gerechtfertigt wären; es müßte ferner die Regierung der Zahlungen erfolgen auf Grund der Bestimmung von Autoritäten; und drittens hätte Deutschland die Verpflichtung, entsprechende Garantien für diese Zahlungen zu geben. Das ist das englische Programm. Dann wendete sich Curzon zu der Frage, was Deutschland in Bezug auf den passiven Widerstand hätte tun sollen. Er erklärte, daß die jetzige Entschleierung vor drei Monaten hätte geklärt werden sollen. Deutschland hat immer auf dem Standpunkt gehalten, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine so große Leistung sei, daß sie begleitet werden müßte von Konzeptionen der anderen Seite, wenn nicht in der Reparationsfrage, so doch in allen den Fragen der Vertiefung, der Befestigung und der Wiederherstellung unserer Autorität im westlichen Gebiet.

Als es sich darum handelte, auf dieser Basis von Gegenleistungen den passiven Widerstand aufzugeben, kam von englischer Seite die Warnung. Zum Sie es bald. Ich bitte Sie, sich von der Illusion zu befreien, als wenn die Regierung sich dadurch das englische Wohlwollen verschafft hätte, daß sie den passiven Widerstand aufgegeben hat.

Stresemann schließt: Es ist hinreichend, als wenn die härteste Militärmacht der Welt durch eine andere diplomatische Einwirkung sich bewegen ließe, aus der Ruhr herauszugehen, ist falsch. Der Protest gegen den Rechtsbruch der Gewalt an Rhein und Ruhr, das ist in dem Aufsatze gesagt worden, mit dem wir den passiven Widerstand aufgegeben haben. Dieser Kultur hat ein Echo gefunden in Frankreich.

In gewisser Beziehung ist der Versailler Vertrag gegenüber der bisher getriebenen Gewaltpolitik noch ein Schutz der deutschen Interessen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Kodifizieren von Verträgen sofort eine Verbesserung der deutschen Situation mit sich bringt. Welches ist denn die Differenz zwischen Baldwin und Poincaré? Das England vor der Welt erneut sagt, mit den Bestimmungen des Vertrages ist über den Einbruch an Ruhr und Rhein nicht vereinbart? — Ist genug haben wir vor der Frage stehen können, der uns Unablässiges zumutet, für die deutsche Souveränität, für die deutsche Ehre und für den Bestand des Deutschen Reiches. Ich bin der Meinung, daß man unter allen Umständen sich darauf einlassen soll, alle Forderungen erfüllen zu müssen, aber wenn Sie in diese Situation kommen, daß es zu einem vertraglosen Zustand kommt, daß wir dieses Nein aussprechen, dann schloßen Sie vorher Voraussetzungen; daß dieser Zeitpunkt ein geeinigtes deutsches Volk findet,

(Behälter Weisflüssigkeit und Handflüssigkeit bei der Mehrheit des Hauses und auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Scholz (DVP) erklärt, daß der Legende vom „Dolchstoß“ der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. Die Deutsche Volkspartei hat lediglich in dieser ersten Zeit alle Parteien zu einer Einigung aufgefordert. Die Aufgabe des positiven Widerstandes hat die deutsche Volkseele auf schwerste belastet. Sie ist nicht gleichbedeutend mit Kapitulation. Der Redner dankt der Regierung für ihre Entschlossenheit und das Verantwortungsbewußtsein, mit dem sie die unheilvollen Zustände vor dem Zusammenbruch beendet hat. Die Verhängung des Ausnahmezustandes sowohl in Bayern wie im Reich sei notwendig gewesen. Die Staatsoberkeit müsse auch in Sachsen und Thüringen wieder hergestellt werden. (Großer minutenlanger Sturm links.) Ohne Erhöhung der Produktion ist eine Befriedigung nicht möglich. Bei uns wird jetzt mehr englische wie deutsche Kohle verbraucht. Alle Iesseln müssen zur Bedienung der Arbeitsintensität befreit werden. Der Beamtenabbau darf nicht die Beschränkung der Beamtenrechte bringen. Stärkste Steuerleistungen sind notwendig. Auch der Außenhandel muß wieder frei werden. Für das Ernährungsministerium brauchen wir einen praktischen Mann aus der Landwirtschaft. Gemeinsam mit der Regierung wollen wir unser Volk wieder zurückführen zu Ordnung und Sparsamkeit. (Beifall.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) begrüßt die Wiedertehr der Koalition. Die Zahlung in Papiergeld dürfe nicht verschmäht werden, schon im Interesse der vielen Ausgewiesenen, die auch mit Papiergeld bezahlt werden. Der Großgrundbesitz allerdings scheint das Papiergeld nicht zu brauchen, ein Beweis, wie er heuerlich geschont ist. Die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus sind unbegründet.

Nachdem noch verschiedene Abgeordnete sowie auch Reichsinnenminister Sohlmann, Reichswehrminister Dr. Gehler und Justizminister Dr. Radbruch zu Worte gekommen waren, verlas das Haus auf Dienstag 2 Uhr: Ermächtigungsgesetz, Währungsgezet.

Schluss 12.30 Uhr nachts.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Der Reichstag hat am Schluss seiner gestrigen Sitzung das Vertrauensvotum für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Der Antrag auf Befreiung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, in dem die Rechtsauffassung der Reichsregierung über den bayerischen Ausnahmezustand gebilligt wird, wurde angenommen.

Die Verhandlungen der Ruhr-Industriellen.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet über die Verhandlungen der Ruhrindustrialen mit General Degoutte, als man die Ruhrindustrialen gefragt habe, um ihre Ansichten hinsichtlich der Sachlieferungen und der Zahlung der Steuern, namentlich der Kohlensteuer, kennen zu lernen, hätten sie grundsätzlich die Zahlung der Steuer nicht verworfen, aber sie hätten den zu hohen Steuerbetrag kritisiert. Sie hätten erklärt, sie könnten sich nicht verpflichten, die Lieferungen wieder aufzunehmen, ohne sicher zu sein, daß die deutsche Regierung sie bezahlen werde. Nach gewissen Ansätzen, die man in Brüssel erhalten habe, könne man zu einer Verständigung gelangen, indem man zuerst die glatte Wiederaufnahme der Sachlieferungen fordere und alsdann den Industrialen gestatte, einen gewissen Teil ihrer Produktion für eigene Rechnung zu verkaufen, wenn die Steuern bezahlt würden. Die deutschen Industrialen hätten sich nicht endgültig über ihre Absichten, die Arbeit wieder aufzunehmen, ausgesprochen, aber man sei auf gutem Wege. — Wie verlautet, besteht die Absicht, die Verhandlungen weiter zu führen. Es sollen daran in dieser Woche auf deutscher Seite die parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete und Vertreter der dortigen Wirtschaft beteiligt werden.

Wie das „Journal des Debats“ mitteilt, haben gestern auch die Fabrikanten Otto Wolff, Acary und ein Vertreter des Phönix-Konzerns mit General Degoutte in Düsseldorf verhandelt. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit seien, dem Blatte zufolge, auf gutem Wege.

Wie Havas aus Düsseldorf meldet, haben Vertreter der Handelskammer von Essen gestern Fühlung mit den französischen Behörden im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit genommen.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustrialen jetzt der Reichsregierung zehn Forderungen und Fragen überreicht. Sie verlangen u. a.: Erlass der seit der Ruhrbesetzung weggenommenen Kohle, sowie Erlass der seit der Ruhrbesetzung erzwungenen Kohlensteuer, Beseitigung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet, bevorzugte Belieferung des besetzten Gebietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln, Auf-

Betrifft nur unsere Postbezieher!

Wie haben bereits unseren Lesern wiederholt bekanntgegeben, daß die weitere Geldentwertung sich besonders schwer bei dem Papierpreise auswirkt, da dieser seit dem 1. Oktober in Goldmark berechnet wird. Ein Baggan Trudpapier kostet heute über 300 Milliarden, das Allo also über 30 Millionen M. Auch die übrigen Ausgaben haben sich der fortschreitenden Marktentwertung anproport. Wir müssen daher auch in diesem Monat mit Weizsagebühen-Rachforderungen an unsere Volkbezieher herantreten.

Diejenigen Abonnenten, die das „Rieser Tageblatt“ durch Austräger zugestellt erhalten, haben für die erste Woche im Oktober (vom 29. September bis 6. Oktober) 1923 gezahlt

Für die zweite Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober betragen die Weizsagegebühren

23 000 000 M.
46 000 000 M.
89 000 000 M.

Von unseren Postabonnenten sind aber nur eingezogen worden 24 000 000 M. sodas dieselben für die zweite Woche des Oktober 45 000 000 M. nachzahlen haben. Gleichzeitig erbiten wir eine Vorauszahlung für die dritte Woche des Oktober in Höhe von 55 Millionen.

insgesamt 100 Millionen Mark.

Die Nachzahlung wird wieder auf dem Wege des Nachnahmeverfahrens erhoben. Wir richten daher an die Leser die bittliche Bitte, den Betrag für etwa den 11. Oktober bereit zu legen, damit die Nachnahme sofort eingelöst werden kann. Wir machen unsere Volkbezieher besonders darauf aufmerksam, daß die Nachnahme bestimmungsgemäß nur einmal vorerstigt wird, daß also bei Nichteinlösung die Aufstellung der Zeitung unterbleibt.

Verlag des „Rieser Tageblatt“.

hebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane für Kohle im besetzten Gebiet, Ermächtigung der Kommission der Industrialen, die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden weiter zu führen. Ferner wird an die Reichsregierung die Frage gerichtet, wie die Industrie sich zu der Regiebahn stellen solle und wie die Regierung sich zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt ist, stellt. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit ist, die Industrie bei der Durchführung ihrer Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tag und 10 Stunden über Tag und nach Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen zu unterstützen. Die Industrie habe um Antwort bis Dienstag mittag ersucht. Die Arbeitgeber des Ruhrbergbaues sind an die Besatzungsbehörden mit dem Ersuchen um die Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage auf 8 1/2 Stunden herantreten. Die Bergarbeiterverbände haben demgegenüber ihre Mitglieder aufgefordert, an der tariflich vereinbarten Arbeitszeit festzuhalten. Der Reichsarbeitsminister bemüht sich, einen Konflikt zu vermeiden. Er hat deshalb vorgeschlagen, diese Frage am 10. Oktober gelegentlich der Verhandlungen zwischen den Tarifparteien zu erörtern. Bis dahin soll von einer einseitigen Änderung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abgesehen werden.

Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes.

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlegung des Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsveränderungen vorgeschriebenen Mehrheit zugestimmt. Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkung der Renten und Unterhaltungen der Vertriebenen und Renteneinpfänger der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Blöcke in Kraft, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

290 Schutzpolizisten ausgewiesen.

Wie Havas aus Düsseldorf meldet, haben die französischen Behörden dort gestern 290 Schutzbeamte ausgewiesen.

absolut kein Verständnis dafür, ob bei einem solch zarten Geschöpf etwa eine Krankheit im Anzug ist, und man kann doch in solchen Fällen gar nicht vorsichtig genug sein. Sie sind wirklich zu jung für die Stellung, Fräulein Karberg, viel zu jung, ich habe es immer gesagt.

„Wenn Sie meinen —“ begann Angela, aber zu mehr ließ die redselige Dame sich nicht kommen!

„Ich meine überhaupt nicht, mein liebes Fräulein Karberg, ich weiß.“ erklärte sie mit einer majestätischen Handbewegung. „Sie sind viel zu jung für die verantwortliche Stellung, und wenn ich nicht glücklicherweise selbst in der Lage wäre, mich um die Pflege und die Erziehung meiner teuren Kinder zu kümmern, so würde ich nicht im Traum daran denken, eine so junge Erzieherin zu halten. Aber —“ hier erhielt ihre Stimme plötzlich einen weichen Klang, denn sie hatte einen trostigen Ausdruck in Angelas Gesicht aufgefangen. „Sie müssen deshalb nicht denken, daß ich Sie wegen Ihrer Jugend und Unersahrenheit tadeln will. Durchaus nicht, durchaus nicht.“

„Sie sprach jetzt in geradezu einschmeichelnden Tönen — das sind ja beides Fehler, die mit der Zeit besser werden und an denen Sie unschuldig sind. Sie dürfen mir's nicht übel nehmen, wenn ich ein bißchen aufgeregt sprache. Ich wollte Sie wirklich nicht tadeln, aber die Hige hat auch mich nervös gemacht, und so habe ich wohl etwas schärfer gesprochen, als ich wollte.“

Die plötzliche Milderung in Frau Diehs Ton entsprang einem sehr einfachen und leicht begreiflichen Grund. Der trostige Ausdruck in Angelas Zügen war für sie ein Warnungssignal gewesen. Sie glaubte darin die Andeutung einer Möglichkeit zu sehen, vor der sie immer heimlich zitterte, die Möglichkeit, daß Angela sich hinreichend lassen würde, ihr zu kündigen. Und nicht um alles in der Welt hätte Frau Diehs sich von Angela Karberg trennen mögen.

Erstens war das junge Mädchen die blügste Erzieherin, die sie hatte finden können, denn infolge ihrer Jugend, ihrer Unerfahrenheit und ihres Mangels an regelrechter Schulung erhielt sie von der geizigen Frau einen wahrhaft minimalen Gehalt. Auch war sie bis jetzt die einzige, die es längere Zeit bei den widerpenfigen, verzogenen Kindern und unter der beständigen, irritierenden Aufsicht der Mutter ausgehalten hatte, und Frau Diehs verpürte keine Lust, die mühselige und selbtraubende Suche nach

Die neue Währung.

Nach den bisherigen Besprechungen des Reichskabinetts kommt die neue deutsche Währung frühestens am 1. Dezember 1923 zur obligatorischen Einführung. Bis dahin wird das neue Ermächtigungsgesetz der Regierung die Handhabe zu tiefgreifenden Einwirkungen auf die Markgestaltung geben.

Ein neuer Markstärkungsversuch.

Als erste Regierungshandlung hat das neue Kabinett eine neue und durchgreifende Markstärkungsaktion beschlossen. Im Auftrage des Reichskabinetts wurden die Bankvorstände und die Währungsbeauftragten in das Kanzlerpalais geladen. Die Aussprache war vertraulich. Man darf jedoch für die nächsten Tage mit einem neuen, aber in den Grundlagen weitestgehendem Versuch rechnen, die Aufwärtsbewegung der fremden Zahlungsmittel zum Stillstand zu bringen. Der Besprechung wohnte auch der Reichsbankpräsident bei.

Zur Angelegenheit Zeigner-Gehler.

Zur Angelegenheit Gehler hatte eine Korrespondenz die Nachricht verbreitet, Dr. Zeigner habe in der Freitagssitzung der sozialdemokratischen Parteikongresse erklärt, der Reichswehrminister Gehler habe mitteilen lassen, er werde die angeforderten Mitteilungen Dr. Zeigners über ihn und die Reichswehr und ihre angeleglichen Verbindungen mit Geheimorganisationen, die am Dienstag im Landtage gemacht werden sollen, nicht haben. Diese Meldung ist, wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, ungenau. Nicht am Freitag, sondern schon in der früheren Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion hat der Ministerpräsident mitteilt, daß am 20. u. 21. der Major Hth im Auftrage des Wehrkreiscommandos des Verbindungsmann des Ministeriums des Innern, Staatsanwalt Dr. Thierbach, u. a. die Mitteilung gemacht hätte, das Wehrkreiscommando habe davon Kenntnis erlangt, daß auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des sächsischen Landtages u. a. der Fall Zeigner-Gehler stehe. Das Wehrkreiscommando habe es nicht für zweckmäßig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Person des Militärbevollmächtigten in die Debatte zu ziehen. Es werde daher nach Berlin berichten und um eine Aufweisung bitten. Es werde in dieser Angelegenheit nur auf Aufweisung von Berlin abzuhandeln. Das Wehrkreiscommando hatte in Aussicht gestellt, sein Schreiben nach Berlin zuvor der sächsischen Regierung mitzuteilen. Ob das Wehrkreiscommando nach Berlin berichtet hat, ist der Regierung unbekannt. Ein Schreiben des Wehrkreiscommandos in dieser Angelegenheit ist ihr nicht vorgelegt worden.

Unberichtigte Forderungen der rheinischen Separatisten.

Düsseldorf. Die Separatisten hatten sich an die Stadtverwaltung mit der Aufforderung gewandt, daß diese die Kosten für die Beerdigung der bei den Zusammenstößen am vergangenen Sonntag getöteten Separatisten, sowie die Beerdigung der Verwundeten und die Unterhaltung der Hinterbliebenen tragen solle. Sie hatten in dem Schreiben mitgeteilt, sie hätten ihre Forderung auch der Besatzungsbehörde unterbreitet, da sie zu einer preussischen Stadtverwaltung kein Vertrauen hätten. Jetzt erschienen die Stadverwalter bei der Stadtverwaltung und forderten die Ueberweisung der Kosten unter Hinweis darauf, daß die Besatzungsbehörde den Sonderbündlern mitgeteilt habe, daß ein solcher Befehl von der Besatzungsbehörde bereits an die Stadtverwaltung ergangen sei. Da die Stadtverwaltung nicht die geringste Ursache hat, dem Antrag der Sonderbündler Folge zu leisten, sagen die Herren wieder ab mit dem Bemerkten, sie wollten sich noch einmal bei der Besatzungsbehörde nach dem Verbleib des Befehls erkundigen.

Millionerraub der Franzosen.

Wie aus unerlässlicher Quelle verlautet, haben die Franzosen am Sonnabend in Dohwinkel von einer Lokomotive eine große Summe in Reichsbanknoten beschlagnahmt. Nach Angabe der Franzosen soll es sich um einen Betrag von ungefähr 300 Millionen Mark handeln. Die Lokomotive wurde nach Düsseldorf gefahren und der Führer zunächst verhaftet, dann aber wieder freigelassen. Die Tatsache, daß die Franzosen bei Vorübergehen des D-Ruges in Dohwinkel sich auf die Lokomotive stürzten und sie durchsuchten, läßt darauf schließen, daß sie lange vorher von Espionen benachrichtigt worden waren.

Verhängnisvoller Bergarbeiterstreit.

Der „Temps“ meldet aus Düsseldorf, daß in der Nacht zum 8. Oktober zwischen Verarbeitern der Grube Dornwald bei Dortmund ein Streit ausgebrochen sei, in dem auch deutsche und französische Polizisten hineingezogen worden seien. Dabei seien zwei Deutsche und ein Franzose getötet worden.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Moberth.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wahrscheinlich hatte die Hige nicht nur das Gesicht, sondern auch die Laune der Dame beeinflusst, denn nachdem der Strom von Worten über Angela dahingebraust war, blieb Frau Diehl immer noch in der Tür stehen und schob wütende Blicke auf ihre Untergebene. Dabei leuchtete sie laut, wahrscheinlich unter der vereinten Einwirkung von Jorn und Hige, teilweise aber auch wohl, weil ihr außerordentlich prall stehendes Kleid der Lunge nicht genügend Spielraum ließ, und das Atmen ihr dadurch erschwert wurde.

Angela hatte den Sturm über sich ergehen lassen, ohne ein Wort zu erwidern, denn sie hatte aus mancher läblen Erfahrung die goldene Lehre gezogen, daß man Frau Diehs ausbrüchen am besten mit Schweigen begegnete. In den ersten Wochen ihres Aufenthaltes im Hause war es ihr klar geworden, daß man, wenn die Schreien von Frau Diehs jorriger Bredensamkeit einmal ausgezogen waren, mit Gegenreden oder Erklärungen nichts ausrichtete, sondern daß der Sturm sich am ehesten austobte, wenn man ihm schweigend standhielt.

Hätte sie etwa jetzt versucht, die gute Dame daran zu erinnern, daß sie ihr Kinderfräulein bei anderen Gelegenheiten mit Wormürzen zu überhäufeln pflegte, weil das junge Mädchen nach ihrer Ansicht nicht genug mit den Kindern arbeitete und ihnen zu viele Freistunden gewährte, so wäre dies verlorenes Liebesmüh gewesen und hätte Frau Diehs Jorn nur zu höherer Flamme angefaßt.

Angela schwieg also, und Leni hängte sich an ihre Mutter und bat in einem schmeichelnden, weinerlichen Ton, den sie für solche Gelegenheiten in Bereitschaft zu haben pflegte, ob sie nicht bei der „gräßlichen“ Hige den Rest des Nachmittags frei haben dürften.

„Mein armes Kind,“ sprach die Mutter in ganz veränderlichem Ton und legte ihre fette, weiße, mit unendlich vielen Ringen geschmückte Hand dem Kind auf die Stirn, sie hat einen ganz glühenden Kopf! Hoffentlich hat sie kein Fieber, Fräulein Karberg, Sie wissen doch, wie empfindlich das Kind dafür ist. Aber wie esant. Sie haben

einem billigen und geduldrigen Kinderfräulein wieder aufzunehmen, der sie sich schon allzuoft hatte unterziehen müssen. Nicht zu vergeßen, daß Angela sich müßig zu den verschiedensten kleinen Verrichtungen im Haushalt hergab, die im allgemeinen nicht zu den Pflichten der Erzieherin gerechnet zu werden pflegen. Sie war nicht einmal erstaunt gewesen, als derartiges von ihr verlangt worden war, und Frau Diehl nützte ihre Unkenntnis der Sachlage in der weitgehendsten Weise aus. Angela machte zum Beispiel ihr eigenes Bett sowie die Betten der Kinder und brachte ihr Rämmerchen sowohl wie das Kinderzimmer in Ordnung, überhaupt wurde sie öfters zu Beschäftigungen verwandt, die eher einem Mädchen für alles zufamen, als einer jungen Dame. An dies alles dachte Frau Diehl, und diese Ueberlegung veranlaßte sie, einzulernen, wie sie es jedesmal machte, wenn der trostige Blick in des Mädchens Augen schoß, nachdem es sich lange genug um ihr hatte mühseligem lassen. Aber ganz aufgeben konnte sie ihre Duldereien nicht, denn es lag in ihrem Charakter, schwächere oder vor ihr abhängige Menschen zu tyrannisieren. So behandelte sie denn bei jeder Gelegenheit das Mädchen so schlecht, wie ihre Angst vor der etwa erfolgenden Kündigung es ihr erlaubte. Und es war ihr bis jetzt noch jedesmal gelungen, im kritischen Augenblick die Bremse rechtzeitig anzusetzen.

Wie sie sich jetzt in dem dumpfigen Kinderzimmer gegenüberstand, war es Frau Diehl wieder einmal klar geworden, daß es sehr unglug von ihr sein würde, sich mit Angela ernstlich zu überwerfen, und daß es bedeutend besser wäre, wenn sie mit der jungen Dame Frieden hielte, die da mit trostig zurückgeworfenem Kopf und blühenden Augen vor ihr stand. Sie war so überzeugt von der Torheit, deren sie sich schuldig machen würde, wenn sie Angela allzu sehr reizte, daß sie jetzt ins Zimmer hereinkam und fünf Minuten daran wandte, den Eindruck ihrer ersten überreifen Worte abzumachen.

Sie sprach jetzt im lebenswürdigsten Ton und suchte mit lächelndem Anblick Fräulein Karberg zu überreden, daß es in deren eigenem sowie der Kinder Interesse wohl das Beste sei, wenn der Unterricht für den Rest des Nachmittags eingestellt würde.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 9. Oktober 1923.

Direkte Verhandlungen.

Paris. Der „Tag“ berichtet: Die deutsche Regierung hat die deutschen Botschafter in Paris und Brüssel angewiesen, bei der französischen und belgischen Regierung vorläufig zu werden und direkte Verhandlungen über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit in den besetzten Gebieten zu empfehlen. Gleichzeitig sind auch die deutschen Botschafter in Rom und London angewiesen worden, ihren Regierungen diesen Vorschlag zu unterbreiten.

Die kommunikativen Minister in der tschechischen Regierung.

Berlin. Als kommunikativen Minister werden voraussichtlich der Landtagsabgeordnete Wötter und Brandier von der SPD-Zentrale in die tschechische Regierung eintraten. Wötter soll das Finanzministerium und Brandier das Kultusministerium übernehmen. Die Eröffnung des Landtags, die ursprünglich am Dienstag erfolgen sollte, ist auf Donnerstag verschoben worden.

Bombentod in der Berliner Börse.

Berlin. Vor einigen Tagen ist in der Berliner Produktenbörse eine Bombe gefunden worden, bei der die Röhrenschicht abgedrückt war, ohne den schwachen Explosionsstoff zur Entzündung zu bringen. Es muß noch festgestellt werden, ob hier ein Attentat von kommunistischer oder von anderer Seite auf die Börse vorliegt.

Kinder im Ruhrgebiet verschwunden.

Düsseldorf. In der Wesselskampstraße sind 3 Kinder, 2 im Alter von 4 Jahren und eins von 6 Jahren spurlos verschwunden.

Auch die Wochenschrift „Deimatland“ verboten.

München. Die Wochenschrift „Deimatland“, das Organ des Bayerischen Kampfbundes, das als Ersatzblatt für den verbotenen „Völkischen Beobachter“ im Straßenverkauf angeboten wurde, ist bis zum 14. Oktober verboten worden. — Die Polizei hat in einem Hause in der Jahnstraße mehrere Zentner kommunistischer Kassettenwarensätze beschlagnahmt, das von der Berliner Zentrale nach München geschickt worden war.

Die glänzende Rede.

London. Die Rede, die Reichstagskanzler Dr. Stresemann am Sonnabend hielt, wird von der Presse ausführlich veröffentlicht. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zur Umbildung des deutschen Kabinetts: Zweifellos habe der Reichstagskanzler während der Krise eine

fast weichenköpfige Flexibilität für schwere, ununterbrochene Arbeit, eine große Geschicklichkeit und ein bemerkenswertes Talent bei der Berücksichtigung widerstreitender Elemente gezeigt. Die Reichstagsrede des Kanzlers wird von dem Berichterstatter die glänzende Rede genannt, die je vor dem Reichstag gehalten wurde.

Erste Vollziehung der britischen Reichskonferenz.

London. Die britische Reichskonferenz befahte sich gestern in ihrer ersten Vollziehung seit Beginn der Konferenz mit der auswärtigen Lage. Die Premierminister aller Dominions waren zugegen. Die Sitzung dauerte drei Stunden. Am Nachmittag trat die Konferenz erneut zusammen. Dieser Abschnitt der Erörterungen wird sowohl von der britischen Regierung als auch von den Premierministern der Dominions als höchwichtig angesehen. Die Diskussion wird wahrscheinlich mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen.

Turnen, Sport und Spiel.

München. Am Sonntag endete das erste Fußballspiel Allgemeiner Turnverein Niesla 2 gegen Turnverein Lommach 1. 5:1 (Halbzeit 3:1). Niesla durch seine letzten Niederlagen belehrt, war dem Gegner im Fußball schließlich überlegen. Bei Lommach mangelte es vor allem an genauer Kenntnis der Spielregeln, wodurch des öfteren Straf- und Freiwürfe herbeigeführt wurden. Schiedsrichter Rindler-Frankenberg war ein strenger und gerechter Richter und führte das Spiel bis Schluss korrekt durch. — Allgemeiner Turnverein Niesla 1 gegen Turnverein Frankenberg 1. 1:4 (Halbzeit 0:1). Das große Rennen des Tages hatte leider durch die Ungunst der Witterung stark zu leiden. Das Rennen beider Mannschaften wurde durch den strömenden Regen fast beeinträchtigt.

Nieslaer Sportverein. In Haderau fanden sich am Sonntag im frühen Morgen die Fußballer des Niesla 1. gegenüber. Die Nieslaer konnten nach völlig überlegenem Spiel das Feld mit 3:0 behaupten. Ein für die Haderauer sehr schmeichelhaftes Resultat, was sie in erster Linie der vorzüglichen Arbeit ihres Torwärters zu verdanken haben, andererseits aber die Nieslaer Stürmer die zahlreichen Chancen nicht restlos auszunutzen verstanden. Die Nieslaer führen somit in ihrer Klasse im Bezirk Niesla.

Volkswirtschaftliches.

Die Vorauszahlung der Steuern. Die vom Landesfinanzamt in den letzten Tagen verbreitete Pressemitteilung über die Höhe der Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer und die Rhein-Ruhr-Abgabe von Erwerbseinkünften wird amtlich dahin erwidert: Die Angabe, daß die am 5. Oktober 1923 fällige Rhein-Ruhr-Abgabe von Erwerbseinkünften die Hälfte der Körperschaftsteuer verbleibt mit 45000 beträgt, trifft nur zu, soweit es sich um Erwerbseinkünfte handelt, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis zum 31. Dezember 1922 abgeschlossen haben. Bei Erwerbseinkünften, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. September 1922 abgeschlossen haben, beträgt der am 5. Oktober fällige zweite Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe das 45000fache (1 > 45000), bei solchen, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. Januar 1922 abgeschlossen haben, das 90000fache (2 > 45000) des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 oder 1922 ergibt.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 1 203 000 000 M.

Bernspruchmeldung, ohne Gewähr.

Die Angabe, daß die am 5. Oktober 1923 fällige Rhein-Ruhr-Abgabe von Erwerbseinkünften die Hälfte der Körperschaftsteuer verbleibt mit 45000 beträgt, trifft nur zu, soweit es sich um Erwerbseinkünfte handelt, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis zum 31. Dezember 1922 abgeschlossen haben. Bei Erwerbseinkünften, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. September 1922 abgeschlossen haben, beträgt der am 5. Oktober fällige zweite Teilbetrag der Rhein-Ruhr-Abgabe das 45000fache (1 > 45000), bei solchen, die ihr Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 in der Zeit vom 1. Januar 1922 abgeschlossen haben, das 90000fache (2 > 45000) des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) 1921/22 oder 1922 ergibt.

Spottkalendarium. Die Schließzeit der Kassen für Waren und Gefäße beträgt vom 10. Oktober ab für das unbesetzte Gebiet 2 Millionen und für das besetzte Gebiet 2,7 Millionen.

Der Zinssatz für Papiermarkdarlehen. Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Nachdem die Reichsbank ebenso wie die Privatnotenbanken durch das vom Reichstag am 28. v. M. verabschiedete Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes ermächtigt worden ist, mehrere Lombardzinsen von verschiedener Höhe festzusetzen, haben wir den Zinssatz für Papiermarkdarlehen, soweit solche überhaupt noch erteilt werden, mit Wirkung von heute an auf 108 Prozent jährlich erhöht.

Die deutschen Firmen auf der Moskauer Ausstellung. Unter den in Moskau auf der landwirtschaftlichen Ausstellung vertretenen ausländischen Firmen erlangen die deutschen den größten Umsatz. Die vom Volkswirtschaftlichen russisch-deutsche gemischte Aktiengesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Waren für 10 Millionen Goldrubel eingeführt und ausgeführt.

Wechselkurse im Freiverkehr vom 8. Oktober bis abends 5 Uhr.

Frankland (1 Gulden)	893 M.M.	Dänemark (1 Krone)	178 M.M.
England (1 Pf. Sterl.)	45500 M.M.	Amerika (1 Dollar)	1000 M.M.
Schweiz (1 Frank)	179 M.M.	Frankreich (1 Frank)	59,1 M.M.
Italien (1 Lire)	45 M.M.	Österreich (1 Krone)	14250 M.M.
Tschechoslowakei (1 Krone)	29,75 M.M.		



Nach Süd-Amerika über Spanien

mit den Dampfern des **NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN**

Beste Reisegelegenheit in allen Klassen
Anerkannt gute Verpflegung und Bedienung
Kostenlose Auskunft und Fahrpläne durch
sämtliche Vertretungen
In Riesa: Wilhelm Frenzel Nachf., Niederlagstrasse 6

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammenstellung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützen, sondern schaden.

Dirin

Drain's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Seifigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung erfordert sorgfältige Behandlung der Wäsche.

billiges Waschen

Bereinsnachrichten

Orpheus, Sonnabend, 20. 10., Volkshilfsabend. Anmeld. zur Gästeliste nur in der Singst. bis 17. 10. 23. Morgen Mittwoch Singst. Alle Sänger. Anschließend Chor, Kapelle, Damen.

Ober-Telegraphensekretär
Alfred Riehme
Dorle Riehme geb. Richter
vermählt
Riesa, Schillerstr. 7, 9. Oktober 1923.

Für solides, flottes Unternehmen suche tät. od. still. **Teilhaber (in)** m.ca. 25-40000 G.-M. Sicherheiten vorhanden. Offerten erb. unt. CK 760a an das Tageblatt Riesa.

Schäferhund

(Hündin) entlaufen. Abzugeben bei Gold, Gröba.

Ja, Dame **sucht möbl. Zimmer** mögl. in Gröba. Eigene Wäsche vorhanden. Off. u. C L 761 an Tagebl. Riesa.

Sum provisionsweisen Verkauf von Loden, Färb., Oelen, Fetten **Provisions-Vertreter** zum Verkauf von Petroleum, Benzin, Benzol, Lacke Farben usw. sof. gesucht. **Fritz Schön, Chemikalien-großhdlg., Dresden-N. 24** Sebansstr. 7 (Bürostr.) 21.40207

Motorrad

R. G. U., Fabrikneu, 4 PS, m. Lampe u. Hupe, 2 vert. **Franz & Emil Müller, Wetzdorf / Riesa.**

Pianos

Tafelklaviere billig zu verkaufen. **Richter Albertsch 6**

Mauersteine Kanthölzer

3 cm ft. gehobelt, Fußboden, 24 mm ft. Dachschalung, Zinkrinne verkauft im Auftrag **Architekt Ditsch Riesa, Telefon 112.**

Geschäftliche und private

Drucksachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Ausführung in kürzester Zeit angefertigt von **Lageblatt - Druckerei Riesa, Goethestr. 59.**

G. D. A.
Ortsgruppe Riesa, Freitag, d. 12. 10. 1923 pünktl. abds. 8 Uhr „Elbterrasse“ **Ronatsversammlung.** Ergänzungswahlen. Tariffragen. Erscheinen aller Ehrenpflicht. Der Vorstand.

Amtliches.

Personenstandsaufnahme in Riesa.

Für die Reichseinkommensteuer-Veranlagung auf 1923 findet eine Personenstandsaufnahme nach dem Stande vom 10. Oktober 1923 statt. Auszufüllen sind 2 Vordrucke: Wohnungsliste, von jedem Wohnungsinhaber, Personenstandsaufnahme außerdem von jedem Hausbesitzer (Vertreter). Die Vordrucke werden zugestellt, weitere gibt die Stadtsteuerkasse aus. Bis 20. Oktober 1923 sind die ausgefüllten Wohnungslisten an die Hausbesitzer und spätestens bis 25. Oktober 1923 sämtliche Listen von den Hausbesitzern an die Stadtsteuerkasse, durch eine Person, die Auskunft geben kann, zurückzugeben. Die Erklärungen auf den Vordrucken und die Unterschriften der Spalten besagen das weitere. Genauer Beachtung ist nötig. Der Rat der Stadt Riesa, am 8. Oktober 1923, R.

Kleinrentnerunterstützungs-Auszahlung

findet Donnerstag, den 11. Oktober 1923, vormittags 8-9 Uhr, im Rathaus, Zimmer neben dem Standesamt, statt.
Der Rat der Stadt Riesa, am 9. Oktober 1923, G.H.M.

Lichtspiele Hotel Höpfner.

Donnerstag, 11. 10., Freitag, 12. 10., Sonnabend, 13. 10., der große Sensations-, Abenteuer- und Sittenfilm in zwei Teilen: **„Söhne der Nacht“.**
Erster Teil: Die Verbrecher G. m. b. H.
Zweiter Teil: Die Nacht der Liebe.
In der Hauptrolle die beliebte Berliner Künstlerin **Manja Tzatschewa.**
Beide Teile an einem Abend. **Raffendörffels 7 Uhr. Orainn 8 Uhr.**



Die ganze Welt spart Zeit und Geld, weil sie zum Schuhputz **Erdal** wählt.

Erdal
Werner & Mertz A.-G. Mainz